

Aus den Kameraaugen, aus dem Sinn



An der Haltestelle Rheinischer Platz in Essen soll verstärkt auf Videoüberwachung gesetzt werden, um die Drogenszene zu vertreiben. Die verlagert sich jetzt auf den Campus. (Foto: fro)

Ab Ende des Jahres soll die Haltestelle Rheinischer Platz unmittelbar am neuen Hörsaalzentrum R14 mittels Videoüberwachung verstärkt von der Polizei beobachtet werden. Der Grund: Die Haltestelle ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt von Drogengeschäften. Kommt es zu einer Verdrängung auf den Campus?

Schon seit längerem berichtet die lokale Presse über den Verkauf von Drogen an der U-Bahn-Haltestelle. Zwar sei die Zahl der Dealer*innen am Essener Campus noch nicht signifikant gestiegen, so Beate Kostka, Leiterin der Pressestelle der Universität Duisburg-Essen. Aber: „Das größere Problem aus Sicht der Hochschulverwaltung sind die Süchtigen, die im Uni-Gebäude Drogen konsumieren,“ heißt es auf Anfrage der aktuell. Universitätsbedienstete und Studierende empfinden das Aufeinandertreffen mit Drogenkonsumierenden als eine Bedrohungssituation, da ihre Reaktionen und ihr Aggressionspotential nicht eingeschätzt werden könne. Vor allem das Parkhaus, die Gebäude auf der Universitätsstraße und an der Schützenbahn seien davon betroffen. „Ein echtes Problem ist auch, dass auf einigen Toiletten und in ‚stillen Ecken‘ der Uni immer wieder mit Verschmutzungen und blutigen Hinterlassenschaften von Drogenkonsumenten gerechnet werden muss“, so Kostka weiter.

Verdrängungspolitik?

Um dem entgegenzuwirken, hat auch die Universität zum einen den Sicherheitsdienst verstärkt und zum anderen in den Treppen-

häusern des Parkhauses Blaulichter installiert. Damit soll es Konsumierenden erschwert werden, sich eine Nadel zu setzen. Nichtsdestotrotz hofft Kostka, dass die Videoüberwachungen am Rheinischen Platz zu einem Rückgang der Drogengeschäfte in Campusnähe führt. „Uns ist gesagt worden, dass es nicht zu einer Verdrängung der Szene ins nähere Umfeld kommen wird,“ so Kostka.

Schärfere Kritik an der geplanten Überwachung findet hingegen Nils Kriegeskorte, AStA-Referent für Hochschulpolitik: „Die neu eingeführte Videoüberwachung sowie die Polizeieinsätze haben den alleinigen Sinn, den Drogenhandel zu bekämpfen. Zusätzlich sorgt die Videoüberwachung nur zu einer Verlagerung der Situation, ohne Verbesserungen mit sich zu bringen.“ Die Taktik sei eine kontraproduktive Verdrängungspolitik. Drogen würden – unabhängig davon, ob ihr Kauf legal oder illegal ist – erworben werden. Im April veröffentlichte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine repräsentative Studie mit dem Titel *Die Drogenaffinität in der Bundesrepublik Deutschland 2015*, aus der hervorgeht, dass der Tabak- und Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwar insgesamt rückgängig, der Konsum von Cannabis dagegen leicht gestiegen ist. Während 9,7 Prozent der Jugendlichen angaben, schon einmal Cannabis konsumiert zu haben, hätten sich 34,5 Prozent der jungen Erwachsenen bereits dem Rauschmittel hingegeben. „Wer in dieser Situation die vollumfängliche Legalisierung von Cannabis fordert, der sorgt dafür, dass noch mehr Jugendliche zum Joint greifen“, sagte Marlene Mortler, Drogenbeauf-

Religionskritischer Rechtspruch



Ein Stiller Feiertag muss nicht immer leise sein. „Religionsfrei im Revier“ zeigt zum Beispiel *Das Leben des Brian*: **Seiten 4/5.**

Experimentierfreudiges elfe



Wir haben uns ins Essener Labor für experimentelle Wirtschaftsforschung (elfe) an der UDE begeben auf **Seite 6.**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

tragte der Bundesregierung, deshalb dem *Tagespiegel* und postulierte eine Weiterführung der restriktiven Drogenpolitik.

Liberalisierung der Drogenpolitik?

Anders als die Drogenbeauftragte spricht sich Kriegeskorte dafür aus, die Drogenpolitik in Deutschland zu liberalisieren: „Sinnvoll wäre eine Legalisierung und Regulierung, verbunden mit einem Ausbau von Suchtthilfeangeboten, Präventionsarbeit und Beratungsangeboten.“ Die momentane Politik führe dazu, dass Konsumierende kriminalisiert und dadurch zurückgeschreckt würden, Hilfe zu suchen. Nichtsdestotrotz sieht er auch Gefahren beim Drogenkauf. Der Reinheitsgrad der Substanzen sei beim Straßenkauf nicht überprüfbar. Es bestehe also immer ein Gesundheitsrisiko. Deshalb würde die Einführung von Drug-Checking einen großen Fortschritt darstellen: So könnten Konsumierende mittels chemischer Analysen die Stoffe untersuchen lassen, um vor besonders gesundheitsschädigenden oder gar lebensgefährdenden Präparaten gewarnt zu werden. [fro]

Lang lebe der QR-Code?

Kommentar

Hardliner NRW

von Maren Wenzel

Seit August haben geflüchtete Menschen in verschiedenen Ruhrgebietsstädten gegen die sogenannte „Wohnsitzauflage“ demonstriert (aktuell berichtete). Jetzt macht die rot-grüne Landesregierung ernst: Seit dem 1. Dezember sollen Menschen, die in Deutschland eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, durch eine neue Landesverordnung nicht mehr frei entscheiden dürfen, wo sie wohnen wollen. Tausenden droht der Zwangsumzug in andere Kommunen innerhalb NRW oder gar dem gesamten Bundesgebiet.

Rückwirkend sollen alle Menschen, die zwischen Januar und dem 6. August – als das Gesetz in Kraft trat – umgezogen waren, gezwungen werden in das Bundesland zurück zu ziehen, in dem ihr Asylantrag bearbeitet wurde. Jene Menschen können künftig bei der Bezirksregierung Arnsberg noch einen Härtefallantrag dagegen stellen, alle die nach August umgezogen sind, können nicht mal das und müssen in jedem Fall zurück. Wer NRW bereits für den Asylantrag zugewiesen wurde und nach dem Stichtag im Sommer eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte oder wird, soll innerhalb des Bundeslandes in eine bestimmte Stadt umziehen. Auch hier gelten nur wenige Ausnahmen wie enge Familienangehörige oder „ersichtliche humanitäre Gründe“ sowie „gewichtige integrationsrelevante Umstände“, von denen aber niemand bislang weiß, welche das sein sollen. Bis 2022 sollen so Menschen an Rhein und Ruhr rumgereicht werden.

Rückwirkung und Umzugszwang innerhalb NRW – die rot-grüne Regierung ist neben dem CSU-regierten Bayern als einziges Bundesland auf Hardliner-Kurs. Kein anderes Land setzt die „Auflage“ – die schon an Strafrechtsterminologie erinnert – so rigoros um. Und diese Vertreibung nennen sie auch noch „integrationsfördernd“. Statt den Kommunen in NRW, die für Menschen attraktiver sind, mehr finanzielle Mittel sowohl vom Bund als auch von den Ländern zukommen zu lassen, müssen Menschen ihre Koffer packen, Freund*innen verlassen, alles neu aufbauen. Nach monatelangem Warten, manchmal in bis zu fünf Massenunterkünften in ganz Deutschland und der Residenzpflicht, also dem Verbot während des laufenden Antrags das Bundesland zu verlassen.

Es ist ein Schlag ins Gesicht der Menschenwürde und des Rechts auf freie Entscheidung. Gegen Menschen, die anscheinend keine gewichtige Stimme haben. Zumindest wollte man sie im Landesparlament einfach nicht hören.



Ausweisticket adé. Der QR-Code stellt die Zukunft dar, wenn es nach dem Studierendensekretariat geht. (Foto: dav)

Studierendenausweis mit Semesterticket? Damit könnte Schluss sein. Nachdem es im Vorhinein schon zu Ärger wegen der Ticketumstellung gekommen ist (aktuell berichtete), gibt das Einschreibungs-wesen jetzt gar keine Ausweise mit Semesterticket mehr raus. Stattdessen wird auf die myUDE-App verwiesen. Digitalen Standard nennt das Ludwig Ciesielski, Leiter des UDE-Einschreibungs- und Prüfungswesens. AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht wirft dem Studierendensekretariat hingegen erbost einen Alleingang vor und fordert das Kartenticket zurück.

„Das Betriebssystem für den Ticketdruck auf der Chipkarte war veraltet, es gab immer wieder Probleme mit dem Chip bei der Ticketkontrolle, wie auch beim Aufbringen auf den Ausweis“, nennt Ciesielski aus der Hochschulverwaltung die Gründe für die Umstellung. Auch die Verfügbarkeit des Smartphone-Tickets bei Verlust des Ausweises am Wochenende und außerhalb der Öffnungszeiten des Studierendensekretariats sieht er als Vorteile für das Handy-Ticket. Für Studierende ohne Smartphone oder mit leerem Akku gebe es auch die Möglichkeit, sich eine Bescheinigung auszudrucken. Er glaubt, dass sich durch das Ticket per QR-Code die Situation für die Studierenden verbessert hat.

Abgesprochen oder nicht?

Ciesielski betont, die Ticketumstellung habe auch in Absprache mit dem AStA stattgefunden: „Der AStA, als Vertragspartner der Verkehrsbetriebe, einigte sich im letzten Monat mit der zuständigen Verkehrsgesellschaft Via dahingehend, dass das Semesterticket ab sofort nur noch auf dem Smartphone und/oder als PDF-Ausdruck ausgegeben wird.“ AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht aber widerspricht dieser Darstellung deutlich: „So sehr Herr Ciesielski etwas anderes behaupten will: Wir haben vor Monaten bereits ausdrücklich widersprochen, dass ein Einver-

nehmen, welches gemäß Ticketvertrag nötig wäre, hergestellt werden kann und haben als Kompromiss nur zugestimmt, dass die App als zusätzliche, nicht aber als vorrangige – geschweige denn alleinige Lösung – angeboten wird.“ Lamprecht glaubt, dass seitens des Studierendensekretariats wenig Interesse bestand, mit der Studierendenschaft eine einvernehmliche Lösung der Ticketfrage umzusetzen.

AStA zweifelt an Datensicherheit

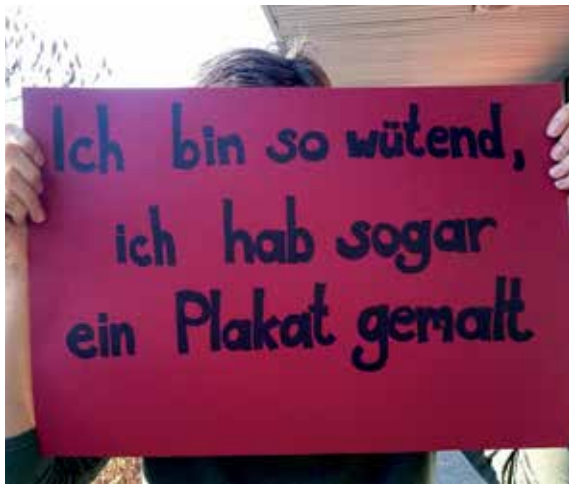
Der AStA-Vorsitzende vermutet, dass nicht nur das Studierendensekretariat sondern auch die Verkehrsbetriebe auf mittelfristige Sicht nicht weiter an einem physischen Ausweis interessiert sind. „Zukunftsmusik könnte ein komplett auf einer App befindlicher Studierendenausweis sein“, so Lamprecht. AStA-Vorsitzende Joey Strasdat hat bereits im Oktober Bedenken gegenüber so einer Lösung geäußert: „Wenn man sich die neuesten Datendiebstähle bei Yahoo oder Sicherheitslücken im Android-System in den letzten Monaten anguckt, ist ein leichtfertiger Umgang mit sensiblen, personenbezogenen Daten ein fataler Schritt.“

Der AStA sei nicht davon überzeugt, dass das Handy-Ticket einen wirklichen Vorteil gegenüber dem Ausweis darstelle, so Lamprecht. Ob das All-In-One-Ticket mit dieser Umstellung nun endgültig verschwindet, könne er aber nicht abschätzen: „Das ist eine politische Entscheidung, bei der wir als Studierendenschaft neben Hochschulverwaltung und den Verkehrsunternehmen nur eine von drei Akteur*innen sind.“ Da sich nach der Wahl zum Studierendensekretariat noch kein neuer AStA konstituiert hat und die Koalitionsverhandlungen noch laufen, ist noch unklar, wie sich der zukünftige AStA in der Ticketfrage positionieren wird. Die bisherigen AStA-Listen aus Grüner Hochschulgruppe, Jusos und Linker Liste würden sich aber weiter für ein Ausweisticket einsetzen, versichert Lamprecht. [dav]

Wut als moralische Emotion

Warum werden wir wütend? Wann ist Wut gerechtfertigt? Und was kennzeichnet Wut als moralische Emotion? Darüber sprach Antti Kauppinen von der finnischen Universität Tampere im Rahmen des Philosophischen Kolloquiums am Donnerstag, 1. Dezember, auf dem Essener Campus. Auf Anfrage von der aktuell nimmt er außerdem Bezug zu Wut in sozialen Netzwerken und in der Politik.

Der Seminarraum im neuen Rotationsgebäude ist voll besetzt, ein paar Zuhörer*innen schleichen sich noch schnell verspätet in den Raum und suchen sich die letzten freien Plätze. Das Thema Kauppinens scheint viele zu interessieren und erhält im Bezug auf die aktuelle politische Lage immer mehr an Bedeutung. Ehe er beginnt, erklärt der For-



Absurd scheinende Forderungen werden auf Demonstrationen ins Lächerliche gezogen. (Foto: caro)

scher, dass das heute die Weltpremiere seiner neuen Arbeit sei. Deshalb würde er hier und da, ganz klassisch, noch etwas ablesen. Dann fragt er in die Runde, wer bereits *Germinal* von Émile Zola gelesen habe. Der Roman eignete sich hervorragend, um das Thema Wut zu veranschaulichen, weshalb er seinen Vortrag mit einem Auszug beginne.

Es sei kein Wunder, dass Wut einen schlechten Ruf habe. Um sie aber zu verstehen, müsse man Wut zuerst von Ärger unterscheiden. Ärger, in seiner einfachsten Form, sei „eine Antwort auf die Wahrnehmung, dass jemand oder etwas nicht das tut, von dem wir denken, dass er*sie es tun sollte und wir wollen, dass er*sie es tut“, so Kauppinen. Viele Formen von Ärger umfassten speziellere normative Erwartungen. Wut, auf der anderen Seite, charakterisiere sich dadurch, dass das Ziel, an das wir unsere Wut richten, verantwortlich dafür sei, dass uns oder jemandem, der uns nahe steht, etwas verwehrt wird, auf das wir Anspruch haben. Darüber hinaus scheint es als „könnten wir nichts dagegen

tun, ohne die Situation zu verschlimmern“.

Wut tritt in verschiedenen Formen auf. So spricht Kauppinen etwa von „rage from above“ und „rage from below“. Er spielt damit auf die verschiedenen Formen der Hierarchie und Macht an – also an wen sich unsere Wut richte. „Rage from below“ sei die einzige Form von Wut, die gerechtfertigt sein könne. Das sei aber nur dann der Fall, „wenn das Ziel dafür verantwortlich ist, dem Subjekt etwas zu entziehen, auf das es Anspruch hat und wenn es dem Subjekt an bedeutsamen Möglichkeiten mangelt, die Situation durch instrumentelle, rationale Handlungen zu verändern; an das Ziel gerichtete Forderungen eingeschlossen“. Ein Teil der Schuld am Fehlverhalten liege dann bei der Zielperson. Generell seien Handlungen aus Wut aber meistens moralisch falsch. Das liege daran, so Kauppinen, dass Menschen nicht mehr zwischen unschuldig und schuldig unterscheiden würden. Und weiter: „Selbst wenn (...) irgendeine Form von Schaden gerechtfertigt sei“, tendiere Wut dazu, zu weit zu gehen. Allerdings könne Wut auch einen positiven Effekt haben, „selbst wenn sie die äußeren Umstände verschlimmert“: Wut sei auch „ein Ausdruck von Selbstwertgefühl und Selbstachtung“ und könne diese fördern.

In Sozialen Netzwerken und in der Politik

Auf Facebook und Co. ist immer wieder zu beobachten wie schnell sich Wut, zum Beispiel durch Hasskommentare, verbreitet und an Zuspruch gewinnt. Kauppinen nennt hierfür drei Gründe: „Frustration, Polarisierung und Verstärkung“. Er erklärt: „Aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung und der ansteigenden Bedeutung transnationaler politischer Institutionen wie der EU, werden viele der Entscheidungen, die unser Leben konkret betreffen, von Menschen getroffen, die in jeder Hinsicht von uns entfernt sind – wir kennen sie nicht und können sie nicht beeinflussen.“ Dies führe zu Frustration und Wut auf „das politische und wirtschaftliche System, unter dem wir leben.“ Soziale Netzwerke bieten Menschen zudem die Möglichkeit, sich nur mit Gleichgesinnten auszutauschen. „Diese Polarisierung bedeutet, dass es schwieriger wird sich mit der anderen Seite zu sympathisieren und die Dinge von ihrem Standpunkt aus zu betrachten“, erläutert Kauppinen. Die Handlungen der Gegenseite würden so als „unvernünftig“ und „unfair“ angesehen. Dazu käme, „dass unsere Gefühle verstärkt werden, wenn andere Menschen sie teilen.“ Kauppinen weist darauf, dass in sozial-psychologischen Experimenten bereits mehrfach festgestellt wurde, dass Menschen dazu neigen Personen aus ihrem Umfeld zu folgen, „selbst wenn

dies bedeutet Außenstehenden zu schaden.“ Mensch erinnere sich an das Stanford Prison Experiment.

Oftmals denken Menschen, sie haben keinen Einfluss auf die Politik in ihrem Land. Das liege an „internationalen Finanz- und anderen Märkten, und an Verträgen, die die Länder aneinander binden“, die so den Handlungsraum von Politiker*innen einschränken. Bei manchen Bürger*innen käme dies dann so rüber, als stünden die Interessen „der internationalen Elite“ vor den eigenen, erklärt Kauppinen. Es sei nicht verwunderlich, dass Menschen, die mit der politischen Situation in ihrem Land unzufrieden sind, Kandidaten oder Parteien wählen, die „versprechen, das ganze System zu verändern“, so Kauppinen. Dabei, so möchte er betonen, glaubten „Menschen, die aus Wut wählen“, nicht unbedingt, „dass dies die Dinge besser machen werde“. Vielmehr ginge es um den Ausdruck von Protest und darum, „die existierende Ordnung symbolisch zu zerstören“. Trotzdem sei es nicht „komplett willkürlich“, wofür die Menschen stimmen. „Wenn du denkst, dass das Problem ist, dass du die politischen Entscheidungen nicht beeinflussen kannst, ist es sinnvoll zu wollen, dass diese Entscheidungen auf einem nationalen und lokalen Level getroffen werden und ökonomische sowie kulturellen Protektionismus zu favorisieren“, führt Kauppinen weiter aus. Dies, so denkt er, könne die Unterstützung von Menschen wie Trump oder der AfD erklären.

Wut ist trotzdem wichtig

Auch wenn Handlungen aus Wut selten vertretbar sind, so ist die Emotion beziehungsweise Ärger dennoch wichtig. Ohne sie „sind wir sehr wahrscheinlich passiv angesichts von Ungerechtigkeit“, so der Forscher. Die „symbolische Zerstörung“ von Wut könne die Aufmerksamkeit der Welt auf ein Problem lenken, das sonst ignoriert würde. „In einer besseren Welt würde solch eine Zerstörung nicht nötig sein, aber leider tendieren wir dazu, viele Spannungen und Konflikte zu ignorieren bis Gewalt ausbricht“, resümiert Kauppinen.

Der Referent ist sich nicht sicher, ob Menschen heute wütender sind als in der Vergangenheit. Falls, dann weil „wir weniger Kontrolle über unser Leben haben“, wir mehr Zeit damit verbrachten, uns „mit Smartphones und Computern abzukämpfen“, statt mit „beruhigenden Aktivitäten wie dem Zusammensein mit anderen Menschen in natürlichen Umgebungen“. Darüber hinaus würden unsere negativen Gefühle durch „digitale Echokammern“ verstärkt. „Ohne Informationstechnologie wären wir weniger produktiv, aber wahrscheinlich glücklicher“, so Kauppinen. [caro]

*Zitate aus dem Englischen übersetzt.

Lasst den Brian doch pfeifen...



Dreh dich weiter! In Bayern darf an Karfreitag bald wieder getanzt werden. (Foto: Danielle Scott, CC BY-SA 2.0)

„Das ist ein guter Tag für Alle“ – titelt der „Bund für Geistesfreiheit in München“ am 1. Dezember 2016. Es ist der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht entschied: Das Verbot der Tanzveranstaltung „Heidenspaß-Party“ der Weltanschauungsgemeinschaft im Jahr 2007 war verfassungsrechtlich unverhältnismäßig. Jetzt muss am bayrischen Feiertagsgesetz geschrieben werden. Die Initiative „Religionsfrei im Revier“ spitzt bereits die Ohren – auch sie hat Verfassungsbeschwerde gegen den Stillen Feiertag eingelegt.

Pssst! Zur Geisterstunde werden an Karfreitag in Bayern sowie in NRW die Musik ausgestellt und die Diskokugeln angehalten. Denn am Freitag vor Ostern soll ja der Bibel nach Jesus Christus – im christlichen Glauben Sohn Gottes, andere sehen das marginal anders – am Kreuz gestorben sein. Während viele Anwohner*innen wohl Kirchenglocken am Sonntagmorgen als Ärgernis empfinden, sind laut Feiertagsgesetzen vor allem Partys an jenem gezwungenem Stillen Tag eine Störung der empfindlichen Ruhe. Und so verbat Bayern kurzerhand das nächtliche Münchner Treiben, das unter dem Namen „Religionsfreie Zone München 2007“ im Anschluss an Filmvorführung und Buffet stattfinden sollte. Ein fast biblisch langes Jahrzehnt später entschieden die Richter*innen in den roten Roben: Ein bisschen Feierei darf schon sein.

Denn das geplante Konzert fiel laut Verfassungsgericht unter den Schutz der Weltanschauungs- und der Versammlungsfreiheit. Dem Feiertagschutz hätte „nicht der unbedingte Vorrang gegeben“, vielmehr hätte eine „Abwägung im Einzelfall“ stattfinden müssen. Das Feiertagsgesetz braucht

also Ausnahmen. David, der Bund für Geistesfreiheit, der sich als Interessensvertretung von Menschen, die keiner Kirche oder Sekte angehören, versteht, gewinnt gegen Goliath – personifiziert durch die christlich geführte bayrische Regierung.

Die Landesregierung um Horst Seehofer zeigte sich im Anschluss gegenüber der Presse missmutig. „Der bayrische Ministerpräsident bezeichnet die Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts als ‚spitzfindig‘ und degradiert die Richter zu kleinlichen Paragraphenreitern. Hier mangelt es an Respekt vor den Organen unserer demokratischen Gesellschaft“, so der Bund für Geistesfreiheit in München. Für die CSU hört beim Christentum der Heidenspaß wohl auf.

„Nein,Nein!“-Index

Auch in NRW hat man sich über das Urteil gefreut: Seit 2013 zeigt die Initiative Religionsfrei im Revier jeden Karfreitag Monty Pythons Satire *Das Leben des Brian*, in der der zu Unrecht verehrte Protagonist noch am Kreuz hängend „always look on the bright side of life“ pfeift. Auch in NRW sind Unterhaltungsveranstaltungen verboten, 750 Filme stehen auf dem „Nein-Nein!“-Index und dürfen nicht gezeigt werden. Auch der Python-Klassiker. Für den gezielten Verstoß gegen das Gesetz mit dem flötenden Brian gab es von der Stadt Bochum drakonische 250 Euro Ordnungsgeld, vom Amtsgericht wurde es auf 100 Euro herabgesetzt und dann vom Oberlandesgericht Hamm bestätigt – Religionsfrei im Revier hat im Juli 2016 ebenfalls Beschwerde bei den Karlsruher Richter*innen eingereicht.

Die Initiative geht davon aus, dass ihr Urteil nun schneller ergehen wird und auch NRW an seinem bislang beinahe in Stein gemeißelten Feiertagsgesetz mit Ausnah-

men nachjustieren muss. Stille Feiertage greift das Urteil grundsätzlich aber nicht an. „Insgesamt ist es also kein Urteil, das den verfassungsmäßigen Anspruch auf einen weltanschaulich neutralen Staat unterstützt, aber ein Riesenschritt in die richtige Richtung und ein Etappensieg“, so Martin Budich von Religionsfrei im Revier. [mac]

Im Interview

Martin Budich, offiziell verurteilter Gotteslästerer von der Initiative Religionsfrei im Revier, zu Feiertagen, Kirchenprivilegien und Humor.

aktuell: Wie sieht Religionsfrei im Revier das kürzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts?

Martin Budich: Das Urteil ist ein Meilenstein in der Verfassungsgerichtsurteilspraxis, weil es gegen die Privilegien geht, die für die Kirchen vor 50 Jahren als verfassungsmäßig begründet wurden und die auf der Annahme fußen, dass Kirchen und Staatsvolks eins sind und auf Minderheiten keine Rücksicht genommen werden muss. Das Urteil macht deutlich, dass weniger als zehn Prozent der Menschen noch in die Kirche gehen und nähert sich damit der Realität an. Gleichzeitig werden den christlichen Feiertagen auch weiterhin eine besondere Bedeutung beigemessen. Insgesamt ist es also kein Urteil, das den verfassungsmäßigen Anspruch auf einen weltanschaulich neutralen Staat unterstützt, aber ein Riesenschritt in die richtige Richtung und ein Etappensieg.

aktuell: Was bedeutet das Urteil für eure Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht?

Budich: Auch wenn das Gesetz in NRW etwas anders ist als das in Bayern: Auch in unserem Fall wird das Verfassungsgericht sagen, dass die Regelung – also jede Form von Unterhaltung am Karfreitag zu verbieten – ohne Ausnahmen nicht haltbar ist. Dann werden wir abwarten, wie die Landesregierung oder der Landtag reagiert und wie das Feiertagsgesetz geändert wird.

Wir rechnen jetzt auch damit, dass es bei uns schneller geht – die Initiative in München musste ja schon seit 2007 auf das Verfassungsgerichtsurteil warten – weil die Grundsatzentscheidung getroffen ist. Wir werden aber dennoch noch vor dem Europäischen Menschenegerichtshof gegen die Diskriminierung von



Kruzifix! Bald noch mehr Ausnahmen an Stillen Feiertag? (Foto: Waiting for the World, CC BY 2.0)

Nicht-Christen am Karfreitag klagen. Denn wir gehen davon aus, dass wir nur dort eine vernünftige säkulare Rechtsprechung erhalten werden.

akduell: Warum das?

Budich: Dass die kirchlichen Privilegien in einem Staat so weit gehen können, ist für Menschen und Richter in säkularen Staaten wie etwa Frankreich einfach unvorstellbar. Schon allein die deutsche Kirchensteuer ist einzigartig. Deutsche kirchliche Krankenhäuser werden komplett von Krankenkassen und Staat finanziert – da geht kein Cent Kirchensteuer rein. Hier und in anderen staatlich finanzierten kirchlichen Einrichtungen gibt es 1,2 Millionen Beschäftigungsverhältnisse für die legale Berufsverbote für Nicht-Christen verhängt werden dürfen. Es gibt hier konfessionellen Religionsunterricht an Schulen – das würde mir ein Mensch aus den USA nicht glauben. Die Liste der Absurditäten ist also lang. Ich mache Vorträge, bei denen sich die Menschen aussuchen können, über welches der 100 wichtigsten einzigartigen Kirchenprivilegien ich sprechen soll.

akduell: Warum nimmt man sich das Feiertagsgesetz vor, wenn es doch viel massivere Diskriminierungen aufgrund dieser kirchlichen Privilegien gibt?

Budich: Das Feiertagsgesetz ist nur die Spitze eines Eisbergs von kirchlichen Privilegien, das wir angegriffen haben, weil es jeder dadurch, dass wir zur Traurigkeit verdammt werden, mitbekommt. Ja, es

gibt weit dramatischere Auswirkungen dieser Privilegien wie konfessionelle Schulen – in NRW sind etwa 33 Prozent der staatlichen Grundschulen konfessionsgebunden – und sehr viele kirchliche Kindergärten, die durch den Ausschluss nicht-christlicher Kinder faktisch zu Instrumenten des Rassismus werden. Aber für diese ist es viel schwieriger, eine Öffentlichkeit herzustellen. Das Feiertagsgesetz kann man dagegen lustig auf Korn nehmen. Und ich bin der Meinung, wenn du an diese ganzen Privilegien zu ernst und verbissen drangeht, dann verzweifelst du. Du musst auch über die Absurdität des Ganzen lachen können.

Zum Gesprächspartner

Martin Budich engagiert sich in der Ruhrgebietsinitiative *Religionsfrei im Revier*, hält Vorträge und reichte die Verfassungsbeschwerde gegen den Stillen Feiertag an Karfreitag ein. Vor 20 Jahren wurde er nach §166 des Strafgesetzbuches wegen Gotteslästerung verurteilt. Während der öffentlichen Auseinandersetzung um Schwangerschaftskonfliktberatungen demonstrierten Frauen in Essen damals gegen die Äußerung von Kardinal Höffner, Abtreibung sei „Massenmord im Mutterleib“. Die Frauen trugen ein Transparent auf dem „Maria hätts du abgetrieben – der Papst wär uns erspart geblieben“ geschrieben stand. Weil Budich diese Worte ohne Anführungszeichen als Artikelüberschrift verwandte, wurde er zu 200 D-Mark Strafzahlung – jedoch auf Bewährung – verurteilt. Denn wirklich „bestrafen“ wollte ihn der Richter auch nicht, sagt Budich.

Bilden!

Terror von rechts



Mit Birgit Rydlewski, Piratenfraktion im Landtag NRW, und Friedrich Burschel, Journalist und Referent für die Extreme Rechte, wird am Freitag in Essen über den NSU diskutiert. Es geht um die Konsequenzen für Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Weiter soll diskutiert werden: Wer trägt die Verantwortung für die Taten und welche Fehler und Vertuschungen gab es auf Seiten der Behörden?

↗ **Freitag, 9. Dezember, 18 Uhr, Glaspavillon Campus Essen, Eintritt frei**

Ballern!

Love & Solidarity

Düsseldorf kann nicht nur Königsallee, sondern auch ordentlich raven. Mit Mina Threat und Be La kommen Plattenkünstlerinnen aus Köln, um euch einzuheizen und allen Feierwütigen aus Essen dürfte Désirée auch aus der hiesigen Clubszene ein Begriff sein. Gegen eine Spende als Eintritt könnt ihr euch dann den Abend über von Bässen treiben lassen. Das Geld kommt dem Rechtshilfekonto Düsseldorf und dem Congreso de los Pueblos aus Kolumbien zugute.

↗ **Freitag, 9. Dezember, ab 23 Uhr, Linkes Zentrum, Corneliusstraße 108, Düsseldorf, Eintritt gegen Spende**

Bestaunen!

Wandelkabinett

Ein Markt für allerlei Handgemachtes in seiner ersten Ausgabe. Ziel der Veranstaltenden ist ein Nährboden für kreativen Austausch und eine Vernetzung junger Handwerkskünstler*innen. Liebhaber*innen besonderer Stücke und Anfertigungen abseits dessen was, man in Geschäften findet, werden sicherlich auf ihre Kosten kommen.

↗ **Samstag, 10. Dezember, 10 bis 20 Uhr, Friedrich-Ebert-Straße 55, Essen, Eintritt frei**

Das Experiment

Wie treffen wir Entscheidungen? Welche Faktoren beeinflussen uns dabei? Im Essener Labor für Experimentelle Wirtschaftsforschung (elfe) der Universität Duisburg-Essen wird genau das unter der Anleitung von Jeannette Brosig-Koch untersucht. Die aktuell gibt euch einen Einblick in den Alltag des Labors.

An der Schützenbahn warten bereits etwa zehn Studierende vor dem Labor. Der Gebäudekomplex wirkt tristlos, der Eingang liegt etwas versteckt. Neben anpowern sich Sportbegeisterte im Universitätssportclub aus. Die meisten der Wartenden sind Wiederholungsgänger*innen. Neulinge füllen noch schnell eine Verschwiegenheitserklärung aus. Denn es darf nur mitmachen, wer mit den Inhalten der Experimente vertraulich umgeht. Teilnehmer*innen „treffen im Labor unter kontrollierten Bedingungen Entscheidungen. Unterhalten sich Menschen über ein Experiment, kann es sein, dass sie sich gegenseitig beeinflussen und wir nicht mehr von unabhängigen Entscheidungen ausgehen können“, so Brosig-Koch. Dann öffnet sich die Tür: Ein Student heißt alle Anwesenden willkommen und erklärt schnell den weiteren Ablauf. Wer noch auf die Toilette muss, nutze jetzt schnell die Möglichkeit.

Und dann gibt's da noch ein paar Regeln: Essen und Trinken ist verboten. Handys müssen ausgeschaltet werden. Jegliche Kommunikation mit dem*r Tischnachbar*in ist untersagt. Und die Tischtennisbälle seien nicht zum Spielen da. Erst aber gilt es zu überprüfen, ob auch alle da sind, die sich angemeldet haben. Der Lichtbildausweis dient zur Identifikation.

Als nächstes geht's zur Lottofee: Jede*r darf aus einem dunkelblauen Leinenbeutel einen Tischtennisball ziehen. Trägt dieser eine Zahl, geht es direkt in die entsprechende Kabine. Trägt der Ball ein „E“, so heißt es abwarten und hoffen. Als Ersatzperson kann man im Zweifel nachrücken, da immer mehr Teilnehmer*innen eingeladen werden, als Plätze zur Verfügung stehen, um die Experimentdurchführung gewährleisten zu können. Wer dann trotzdem nicht mehr mitmachen darf, wird mit fünf Euro entschädigt. In der Kabine angekommen, liegen schon die Experimentanweisungen bereit. Nicht selten sind diese fünf DIN A4-Seiten lang und oft unverständlich. Für Rückfragen stehen die Mitarbeitenden zur Verfügung. Wer alles gelesen hat, kann am Computer in ein paar Testfragen beweisen, ob er*sie auch alles verstanden hat. Und es geht los.

Brosig-Koch erläutert, dass durch die Experimente im elfe-Labor zum einen „ökonomische Theorien des individuellen Entscheidungsverhaltens“ überprüft werden sollen, zum anderen sollen diese Theorien durch die Experimente weiter- oder



An der Schützenbahn werden die Experimente des elfe durchgeführt. (Foto: caro)

neuentwickelt werden. Im Mittelpunkt stünden „ökonomisch relevante Fragestellungen“. „Wie entscheiden Menschen in sozialen Dilemmata?“ Mit ihrer Arbeit, so Brosig-Koch, könnten „grundlegende Erkenntnisse über das wirtschaftlich relevante Entscheidungsverhalten von Menschen“ generiert werden, „welche allein durch andere wirtschaftswissenschaftliche Methoden nicht oder nur sehr schwer hätten gewonnen werden können“. Der Erfolg dieser Arbeitsweise zeige sich in den Preisträger*innen des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften. Bereits drei Mal ging der Preis an experimentelle Wirtschaftsforscher*innen.

Im Namen der Wissenschaft

Das elfe-Labor wurde im Januar 2009 eröffnet. Brosig-Koch führte aber bereits in der Vergangenheit wirtschaftswissenschaftliche Laborexperimente durch, ehe sie 2008 ihre Professur in Essen antrat. Statt Auftragsarbeit, betreibt Brosig-Koch ihre eigene Forschung, denn das elfe soll als Einrichtung der UDE „neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ generieren. Finanziert werden ihre Experimente „zum Großteil durch Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)“. Diese hat sich die „wettbewerbliche Auswahl“ sowie Finanzierung „der besten Forschungsvorhaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen und Forschungsinstituten“ zum Ziel gesetzt. Zusätzlich erhält Brosig-Koch aktuell für ein Forschungsprojekt Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Regelmäßig stellt sich das elfe-Labor in Vorlesungen an der UDE vor, um Studierende davon

zu überzeugen, an den Experimenten teilzunehmen. Grundsätzlich darf aber jede*r, der*die einen Computer bedienen kann, mitmachen. Die Teilnahme erfolgt anonym, jedoch werden für die einzelnen Experimente Teilnehmende nach „ganz unterschiedlichen, jeweils forschungsrelevanten Kriterien“ ausgewählt. So kann es vorkommen, dass Studierende über einen längeren Zeitraum keine Einladungen zu Experimenten erhalten, obwohl aktuell welche stattfinden.

Eine Win-Win-Situation?

Gelockt wird mit Geld. Wie viel mensch bei den jeweiligen Experimenten verdienen kann, ist unklar. Die Teilnehmenden erspielen sich ihr Geld unter anderem durch die Entscheidungen, die sie treffen und können so auch Einfluss auf die Vergütung anderer Teilnehmende nehmen. Ist man Kapitalist*in und maximiert den eigenen Profit oder setzt man idealistisch auf Verteilungsgerechtigkeit? Bei Elfe werden Grundsatzfragen mit wenigen Mausclicks entschieden.

Wie verlässlich sind dann aber noch die Angaben, die gemacht werden? Brosig-Koch erklärt: „Bei Studien zum Entscheidungsverhalten muss den Durchführenden bewusst sein, dass bestimmte Faktoren das Verhalten der Versuchsteilnehmerinnen und -teilnehmer verzerren können. In der experimentellen Wirtschaftsforschung werden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um diese Verzerrung möglichst zu vermeiden. Eine dieser Maßnahmen besteht darin, die im Labor getroffenen Entscheidungen grundsätzlich zu incentivieren, [das heißt] die Höhe der [V]ergütung hängt von den im Experiment getroffenen Entscheidungen ab.“ Neben dem Geld bietet sich den Studierenden aber noch ein weiterer Vorteil. In ihrem Studium würden sie stets mit Forschungsergebnissen und Studien konfrontiert, die Teilnahme an einer solchen könne zum Beispiel das Einschätzen solcher erhobenen Daten verbessern.

Im Anschluss an jedes Experiment müssen die Teilnehmer*innen noch einen Fragebogen am PC ausfüllen. Anonym. Allerdings wird unter anderem nach dem Alter, dem Studienfach und dem Geschlecht gefragt. Da aber bekannt ist, wer an den Experimenten teilnimmt, kann durch diese Angaben theoretisch trotzdem ermittelt oder zumindest eingegrenzt werden, wer an welchem Computer gesessen hat. Wem dies zu persönlich ist, der*die macht womöglich abschließend absichtlich falsche Angaben.

Der Drucker fängt an zu summen. Langsam hört man Seite um Seite aus dem Gerät rollen. Die Kabinenummer eins wird aufgerufen. Jemand schreibt auf Papier, Geldscheinrascheln und Münzengeklimper ist zu hören. Die Tür öffnet und schließt sich wieder. Für heute sind alle Experimente abgeschlossen. [caro]

"Mein Leben soll ein Fest sein, ein kurzes, intensives Fest"



Kein genaues Abzeichnen: Das Leben der Künstlerin Paula Modersohn-Becker feierte als Film Premiere. (Foto: mal)

„Frauen können keine Malerin werden.“ Eindringlich versucht Paulas Vater seiner Tochter klar zu machen, dass sie kein besonderes Talent besitzt und sich ihrer Rolle als Frau fügen soll. Und Paula? Knallt – untypisch für die Zeit Ende des 19. Jahrhunderts – den Bilderrahmen auf den Tisch und belehrt ihren Vater eines Besseren. Paula, der neue Film von Regisseur Christian Schwochow über Paula Modersohn-Becker, eine der bedeutendsten Vertreterinnen des frühen Expressionismus, feierte am Montag, 28. November, Premiere in der Essener Lichtburg.

Paula (Carla Juri), 1876 in Dresden geboren, reist nach Worpswede, um an einem mehrwöchigen Zeichenkurs teilzunehmen. Ihr Malen, das vom geforderten impressionistischen Blick des genauen Abzeichnens abweicht, stößt auf Kritik. Ihr wird ein eigener Kopf und die damit verbundene Respektlosigkeit unterstellt. Dafür lernt sie Clara Westhoff (Roxane Duran) kennen, die sich als Frau des Fin de Siècle bezeichnet. Diese Bezeichnung und die damit verbundene Zeit um die Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert ging ebenfalls mit der ersten Emanzipationswelle einher. Viele Frauen des Bürgertums und separat die der Arbeiter*innenbewegung setzten sich für ihre Rechte ein. Unter anderem erreichten sie, dass ab 1908 Frauen regulär in allen deutschen Ländern studieren durften, wenn auch das Habilitätsverbot für Frauen erst 1920 in ganz Deutschland aufgehoben wurde.

Von dieser autonom-avantgardistischen Stimmung sind auch die zwei jungen Frauen erfasst, die sich am Fenster sitzend, darin bestärken, künstlerisch voran zu kommen. Sie wollen besser werden, besser als die Männer, deren Bilder auf dem Hof ausgestellt und gefeiert werden. Mit den Männern sind genauer eine Malergruppe um Fritz

Mackensen (Nicki von Tempelhoff) und Otto Modersohn (Albrecht Schuch) der Worpsweder Künstlerkolonie gemeint. Fritz, der die Frauen unterrichtet und Paula des öfteren zu verstehen gibt, dass „Frauen nie etwas Schöpferisches hervorbringen [können], außer Kindern“, kann nicht verstehen, dass Paula lieber Menschen im Armenhaus porträtiert als Äpfel auf einem Teller. Im Gegenteil zu Otto, den Paulas ungewöhnlicher Blick auf die Welt fasziniert. Allerdings interessieren ihn längst nicht nur ihre Bilder: Schon bei der ersten Begegnung wird eine romantische Atmosphäre inszeniert.

Kitsch und Vereinfachung

So bandeln Paula und Otto, der vor wenigen Monaten seine Frau verloren hat, an und auch Clara lernt Rainer Maria Rilke (Joel Basman) kennen. Rilke stellt auch für Paula einen bedeutenden Freund dar, der sie in ihrem Denken bereichert und bestärkt. Wenig später heiraten Otto und Paula und auch Clara wird Rilkes Frau. Der Film springt – nach der Hochzeitsnacht, die ohne Entjungferung Paulas stattfindet – fünf Jahre vor. Die Stimmung im Hause Modersohn-Becker ist angespannt. Paula ist frustriert, weil sie von Otto noch immer nicht „zur Frau“ gemacht wurde, außerdem von dem Verkauf seiner Kunst abhängig ist und merkt, dass er nicht an ihr Talent glaubt. Zum Geburtstag erhält sie die Einladung von Clara Rilke-Westhoff nach Paris, sie schnappt sich ihre Malutensilien und stapft durch den Schnee gen Bahnhof. Nicht ohne sich von Ottos kleiner Tochter aus erster Ehe zu verabschieden und Otto zu verkünden, dass sie geht.

Der Film vermittelt das Bild, dass Paula vor allem durch die Männerwelt zum Malen kommt: Otto gewährt ihr ein eigenes Atelier und finanziert ihren Parisaufenthalt, während Rilke das Ticket nach Paris übernimmt.

In Wirklichkeit besuchte Modersohn-Becker allerdings Paris bevor sie beide kennen lernte und verbrachte auf sich gestellt, mit der Unterstützung ihrer Eltern, in Worpswede eine längere Zeit als im Film dargestellt. Paris diente ihr außerdem nicht als dramatisierter Zufluchtsort, biografisch gesehen, reiste sie mehrmals nach Paris und Otto besuchte sie während dieser Reisen mehrmals.

Regisseur Schwochow, sowie die beiden Drehbuchautoren Stefan Kolditz und Stephan Suschke haben aus dem durchaus unkonventionellen Leben der Künstlerin eine Lovestory fabriziert. Der Fokus der Geschichte liegt auf der Beziehung zu Otto, dem Konventionsbruch der arbeitenden und alleinreisenden Frau, deren Mann sogar Affären duldet. Einige Szenenabfolgen, die nicht biografisch sind, wirken voraussehbar und erinnern wiederum an Hollywood oder Til Schweiger-Produktionen.

Paula goes to Hollywood?

Die Kunst rückt dabei nach und nach in den Hintergrund der Handlung, kehrt allerdings am Ende des zweistündigen Films als Klammer wieder. Im Abspann wird außerdem vermerkt, dass Paula in ihrem kurzen Leben – sie verstarb mit 31 – 750 Gemälde und 1.000 Zeichnungen produziert hat. Neben dem Wunsch nach einer Familie stellt die Kunst ihr Lebenselixier dar: „Und wenn nun die Liebe mir noch blüht, vordem ich scheide, und wenn ich drei gute Bilder gemalt habe, dann will ich gern scheiden mit Blumen in den Händen und im Haar,“ schreibt sie 1900, ein Jahr vor ihrer Heirat, in ihr Tagebuch.

Was der Filmproduktion und vor allem der Schauspielerin Carla Juri jedoch gelingt, ist Sympathie zu dieser eigenständigen, klugen und mutigen Frau entwickeln zu lassen. Glücklicherweise wird sie auch als Mensch dargestellt und nicht glorifiziert. Allerdings spielt Carla Juri, unter anderem durch die Verfilmung von *Feuchtgebiete* bekannt, einmal mehr die freche, verspielte Frau. Ob Paula Modersohn-Becker wirklich dahinter steckt, wird beim anschließenden Gespräch in der Lichtburg als kaum recherchierbar benannt. Dafür erzählt Juri, dass sie sich der Rolle durch das Malen genährt hatte und seitdem gelegentlich immer noch zum Pinsel greife.

Der Mut der expressionistischen Künstlerin hätte gerade in der Kameraführung die „Reise ins Unbekannte“, wie Rilke Paulas Schaffen bezeichnet, mit experimenteller Kameraführung unterstützen können. So muten die Bilder Frank Lamms zwar schön an, brechen aber mit der Intention der Künstlerin, die sich ausprobierte und Konventionen gebrochen hat.

Eins ruft der Film, der unter anderem auch in NRW gedreht wurde, aber in jedem Fall hervor: Interesse an der ersten Malerin, die in einem eigenen Museum ausgestellt wird. [mal]

Der Film *Paula* ist ab dem 15. Dezember im Kino zu sehen.

Danke, liebe Frauen!

Österreich hat einen neuen Bundespräsidenten gewählt: Im dritten Anlauf gaben nun genug Bürger*innen dem Grünen Alexander van der Bellen ihre Stimme, um Norbert Hofer (FPÖ) zu verhindern. Auch wenn damit ein rechter Bundespräsident verhindert wurde: Die Wahl van der Bells als Sieg zu verzeichnen, würde die Affinität zu rechten Positionen verkennen.

2016 war kein gutes Jahr: Die britische Bevölkerung stimmte für den Brexit, die AfD zog in mehrere Landtage ein, Donald Trump wurde ins Weiße Haus gewählt und Sahra Wagenknecht kündigte an, als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren. Und auch im Nachbarland Österreich drohte die Rechte noch massiveren Einfluss auf die Politik zu nehmen. Norbert Hofer, der im zweiten Wahlgang im Mai nur knapp 30.000 Stimmen von seinem grünen Konkurrenten entfernt war, unterlag mit 46,7 Prozent van der Bellen, der 53,3 Prozent der Wähler*innen für sich mobilisieren konnte (Stand: 4. Dezember). Der Sieg des 72-jährigen Wirtschaftsprofessors ist vor allem den Frauen zu verdanken: Während 56 Prozent der männlichen Wähler mit ihrer Stimme dem Rechtspopulisten das Amt des österreichischen Staatsoberhauptes überlassen wollten, stimmten 62 Prozent der Frauen für den Grünen.



Jetzt wirklich: Der österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen. (Foto: Manfred Werner/Tsui/wikipedia.org/CC by-sa 3.0)

Frauenbild vom Stammtisch

Dazu hatten sie auch gute Gründe. Die Positionen Hofers und der FPÖ im Allgemeinen spiegeln ein rückschrittliches Frauenbild wider. Die Facebook-Seite *Frauen gegen Hofer* wies seit Mitte November mit Zitaten verschiedener FPÖ-Politiker*innen öffentlichkeitswirksam darauf hin. Das körperliche Selbstbestimmungsrecht ist für Hofer ein besonders prägnantes Thema. Beispielsweise positioniert er sich gegen Abtreibungen. Immerhin sei die Gebärmutter „der Ort mit der höchsten Sterbewahrscheinlichkeit“ in Österreich. Grund genug, die soziale, politische und ökonomische Gleichstellung der Frau zu verhindern: „Ziel von ‚Gender Mainstreaming‘ ist nichts anderes als die

Schaffung es ‚Neuen Menschen‘, das sich bereits Marxisten-Leninisten an die Fahne geheftet hatten“, meint er zum Beispiel in seinem *Handbuch freier Politik*. Mit seinem Frauenbild wäre Hofer gut am Stammtisch aufgehoben. Zum Wohle der österreichischen Demographie solle die Frau gefälligst als eine Reproduktionsmaschine neuer Volksgenoss*innen gesehen werden. Zum Arbeiten oder zur Selbstentfaltung bleibt ohnehin keine Zeit, wenn man dem Gatten ein Mahl zaubern soll. Oder wie es im von Hofer herausgegebenen FPÖ-Positionspapier *Für ein freies Österreich* beschrieben wird: „Der vom Thron des Familienoberhaupts gestoßene Mann sehnt sich unverändert

nach einer Partnerin, die, trotz hipper den-Mädels-gehört-die-Welt-Journale, in häuslichen Kategorien zu denken imstande ist, deren Brutpflegebetrieb auferlegte Selbstverwirklichungsambitionen überträgt.“ Schließlich würden berufstätige Frauen den Unternehmen ohnehin Schaden zufügen.

Auch wenn der FPÖ-Politiker verhindert werden konnte: Der Wahlsieg van der Bells darf nicht als Errungenschaft gegen den Rechtsruck gesehen werden. Noch immer haben 46 Prozent ihr Kreuz für den frauen- und geflüchtetenfeindlichen Rechtspopulisten gemacht. Und dass während der Berichterstattung *ORF* erst nach einer geschlagenen Stunde Hofer als ein Vertreter der Rechten eingeordnet wurde, untermauert die stetige Normalisierung rechter Positionen im öffentlichen Diskurs. [fro]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Marie Eberhardt (mal), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro)

V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de

HIRNAKROBATIK

		7				2	
		9	2		5		
		8	6	7		9	4
	1	5	8				6
8				3			9
9					1	7	8
3		6		2	9	8	
			3		8	6	
		2				5	

WOHNHEIMGESCHICHTEN

